

Protokoll des Gesprächs des Netzwerkes der Hamburger Stadtteilbeiräte mit Dr. Andreas Dressel und Dirk Kienschurf, 13. November 2014, Rathaus

Anwesend für die Bürgerschaftsfraktion der SPD: Dr. Andreas Dressel (Fraktionsvorsitzender), Dirk Kienschurf (Fachsprecher für Stadtentwicklung), Kerstin Wilmes (Wissenschaftliche Referentin)
Anwesend für das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte: Gudrun Ahlquist (Stadtteilbeirat Iserbrook), Angelika Biermeier (Stadtteilbeirat Steilshoop), Lutz Cassel (Beirat für Stadtentwicklung Wilhelmsburg), Peter Dreller (Stadtteilbeirat Steilshoop), Jürgen Fiedler (Stadtteilrat Dulsberg), Rixa Gohde-Ahrens (Stadtteilbeiräte Essener Straße / Neuwiedenthal); Werner Hansen (Stadtteilbeirat Essener Straße); Peter Heim (Stadtteilrat Barmbek-Süd); Michael Joho (Stadtteilbeirat St. Georg); Dr. Martin Kersting (Stadtteilbeirat Steilshoop); Frank Lundbeck (Stadtteilrat Barmbeck-Süd); Maria Meier-Hjertqvist (Borner Runde); Ina Möller (Bürgerforum Eidelstedt); Britta Pläscke ((Stadtteilrat Dulsberg); Dieter Rönfeldt (Quartiersbeirat Jenkelweg / Archenholzstraße); Sabine Tengeler (Luruper Forum); Hartmut Thien (Beirat Eidelstedt-Nord); Wolfdietrich Thürnagel (Sanierungsbeirat Mümmelmansberg)

Protokoll: Dr. Martin Kersting (mit Ergänzungen und Korrekturen von Jürgen Fiedler, Rixa Gohde-Ahrens, Michael Joho, Sabine Tengeler, Kerstin Wilmes)

Nach Begrüßung und Vorstellung stellte Dr. Dressel fest, dass sich die Bürgerschaftsfraktion der SPD in der Frage „Was wird in die Stadtteile investiert?“ positioniert habe. Einige auch der in der Runde vertretenen Beiräte werden künftig durch die Bezirke aus dem Quartiersfonds finanziert.

Sabine Tengeler stellte das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte vor und bezeichnete die Beiräte als Orte der Hoffnung, wo es möglich sei, die Lebensbedingungen zu verbessern, Orte der Vielfalt, Kooperation und Selbsthilfe, wo Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen zusammen arbeiten. Sie verwies auf die Basisarbeit für Politik und Verwaltung und die Möglichkeit der Partizipation im Alltag. Nachdrücklich machte sie noch einmal auf die Multiplikatorenrolle aufmerksam, welche die Beiräte leisten würden. Sie verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass man aus den dargelegten Gründen über die in den beiden Resolutionen gestellten Forderungen des Netzwerkes in konkrete Gespräche kommen könne. Frau Tengeler benannte die Abkoppelung der Finanzierung von RISE, den Erhalt der Verfügungsfonds, die Einrichtung von Stadtteilbeiräten dort, wo es gewünscht sei, das Initiativrecht und die frühzeitige Einbindung in gesetzgeberische Maßnahmen. Sie machte deutlich, dass es bei dem Quartiersfonds eine Konkurrenzsituation zu zahlreichen anderen

Institutionen mit berechtigten Interessen gebe. Deswegen forderte sie namens des Netzwerks einen eigenen Etatposten.

Exemplarisch erläuterten Dieter Rönfeldt und Frank Lundbeck die Situation in den von ihnen vertretenen Quartieren. Am Jenkelweg/ Archenholzweg laufe die Förderung im April 2015 aus, obwohl die Stadtteilarbeit zwei Bürgerpreise bekommen habe; die Integrationsarbeit sei ohne weitere Mittel gefährdet. Barmbek-Süd sei schon vor fast zwei Jahren aus der Förderung heraus gefallen. Das ursprünglich kleine Gebiet im Bereich Dehnheide versuche die Interessen in ganz Barmbek-Süd zu koordinieren. Positiv etwa von der Verwaltung werde aufgenommen, dass es zu einer engeren Abstimmung der sozialen Einrichtungen im Quartier gekommen sei. Man bemühe sich um zwei größere Projekte im kulturellen Bereich. Sabine Tengeler ergänzt die Beispiele: In Lurup gebe es eine langjährige Tradition der Partizipation. So habe in diesem Jahr z. B. das Luruper Forum für das Bezirksamt ein Beteiligungsverfahren für die neu entstehende Community School organisiert und kurzfristig dokumentiert.

Dr. Andreas Dressel äußerte grundsätzliche Zustimmung. Aufgrund der Verstetigung des Quartiersfonds brauche kein Stadtteilbeirat die Befürchtung haben, dass er wegfallt. Für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 würden je zwei Millionen Euro zur Verfügung stehen. Es gebe eine Option auf Erhöhung des Betrags in der nächsten Wahlperiode. Z. B. in Wandsbek sollen gemäß dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen die Stadtteilbeiräte aus dem Quartiersfonds gefördert werden. Es gebe damit auch eine Verlässlichkeit für die Verfügungsfonds. Vorschläge für die Umsetzung der Vergabe der Mittel aus dem Quartiersfonds müssten durch die Bezirkspolitik gemacht werden. Prinzipiell sollten die Bezirke in ihrer Budgetverantwortung gestärkt werden. Im Rahmen der regelmäßigen Treffen mit den sozialdemokratischen Bezirksfraktionen werde diese Linie auch vermittelt werden können.

Dirk Kienscherf stellte fest, dass man sich in der Vergangenheit zu wenig mit der Frage befasst habe „Was passiert danach?“. Man habe das Problem der auslaufenden Förderung mit dem Quartiersfonds gelöst. Es bestehe die Absicht, die existierenden Fonds zu verstetigen. Die rot-grüne Koalition im Bezirk Mitte habe sich mit dem Thema befasst. Ziel sei eine gewisse Systematik und Verlässlichkeit. So habe man sich auf eine sog. „Grundausstattung“ geeinigt, welche bei 6 000 € für verschiedenste Kostenfaktoren und 3 000 bis 5 000 € für die Verfügungsfonds liege. Grundsätzlich gelte, dass derartige Fragen über die Bezirke geregelt werden sollten.

Lutz Cassel teilte mit, dass der Beirat für Stadtentwicklung Wilhelmsburg beinahe untergegangen wäre. Es hätten private Gelder akquiriert werden müssen, ein Beispiel, wie wichtig Verlässlichkeit sei. Beim Quartiersfonds sei nicht definiert, welche Mittel für die Arbeit der Beiräte vorgesehen seien,

deswegen die Forderung nach einem eigenständigen und verlässlichen Haushaltstitel.

Michael Joho ging auf die Historie der Stadtteilbeiräte in Hamburg ein: Halb gewollt von der SPD, stark gewollt von den Initiativen, so dass die SPD vorangetrieben worden sei. Nur ein eigener Titel könne Planungssicherheit liefern. Die SPD habe sich da etwas bewegt. Nun müsse es weitergehen.

Sabine Tengeler stellte nachdrücklich fest, dass die Stadtteilbeiräte einen eigenen Schutzraum bräuchten: Es seien oft nicht Profis dort die treibenden Kräfte, sondern Ehrenamtliche und auch nicht immer in Antragsstellung und Kampf um Mittel geschulte Menschen; diese seien nunmehr gezwungen, gegen gestandene Antragsprofis aus Einrichtungen im Kampf um die Quartiersfondsmittel zu bestehen.

Nach Dirk Kienscherf sei für diesen Haushalt alles festgezurr. Die Erfahrungen der nächsten eineinhalb Jahre würden ausgewertet.

Martin Kersting setzte dem entgegen, dass der Quartiersfonds ob seiner Definition als „Feuerwehrtopf“ kein optimaler Titel zur Finanzierung der Stadtteilbeiräte sei. Wie mehrere Vorredner auch befürchtete er die Konkurrenz zu anderen Einrichtungen.

Jürgen Fiedler betonte, dass die Stadtteilräte das Forum sind, in dem die Aushandlungsprozesse im Stadtteil stattfinden und deswegen diese Aufgabenstellung nicht mit den von um Gelder ringenden Projekten aus einem Topf finanziert werden dürfe, da sonst die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Forums gefährdet wird bzw. verloren gehe.

Dr. Andreas Dressel wies darauf hin, dass die Finanzsituation auch von der Schuldenbremse geprägt sei. Der Quartiersfonds sei verlässlich und kein Feuerwehrtopf mehr, als welcher er gestartet sei. Man könne die Bezirke nicht aus ihrer Budgetverantwortung entlassen.

Kritik erfuhren die Überlegungen, die Mittel nach Bevölkerungszahl der Quartiere zu verteilen durch Michael Joho. Am Beispiel St. Georg machte er deutlich, dass eine derartige Schematisierung dem Charakter und den Bedarfen der Stadtteile nicht gerecht werden würde.

Dirk Kienscherf setzte dem entgegen, dass soziale Indizes und besondere Problemlagen durchaus berücksichtigt würden.

Hartmut Thiem sah auch die Vorteile für die Verwaltung, weil diese gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten besser planen könne.

Lutz Cassel unterstrich das und wie darauf hin, dass es zahlreiche Vorhaben gebe, welche mit Hilfe der kompetenten Bewohner vor Ort schneller und kostengünstiger umgesetzt worden seien.

Die weiteren Forderungen des Netzwerkes aus den Resolutionen konnten wegen der fortgeschrittenen Zeit nur angerissen werden. Bezüglich der

Einrichtung weiterer Stadtteilbeiräte sah sich Dirk Kienscherf nicht in der Lage, eine Zusage zu geben.

Michael Joho stellte die Frage, warum die Institutionalisierung so viele Schwierigkeiten mache und wie man die Struktur gesetzlich verfestigen könne. Er schlug vor, man möge sich – ähnlich wie Herr Dr. Dressel mit dem Verein Mehr Demokratie – in nächster Zeit zusammensetzen, um sich über die rechtliche Absicherung und Institutionalisierung der Stadtteilbeiräte zu verständigen. Dr. Andreas Dressel hinterfragte, ob es wirklich sinnvoll sei, alles zu verrechtlichen. Die Zusammensetzung und Kompetenzen der Beiräte sollten nicht zentral in Gesetzen geregelt, sondern dezentral vor Ort gestaltbar sein. Er will das Thema aber gleichwohl mit in die Diskussion nehmen.

Maria Meier-Hjertqvist betonte aus ihrer eigenen langjährigen Erfahrung eine von Parteipolitiken unabhängige Kontinuität der Unterstützung und Stärkung der Beiratsarbeit; dieser Forderung würde ein eigener Haushaltstitel am ehesten gerecht.

Mit Zufriedenheit wurde von den Vertretern des Netzwerks die Nachricht aufgenommen, dass die SPD-Fraktion für einen weiteren Austausch zur Verfügung stehe.